



## "Russland nach den Wahlen: Ruhe vor dem Sturm? (voreingenommene Gedanken über die neue Regierung, das Potential der Zivilgesellschaft und eine mögliche strategische Alternative)"

*Alexander Buzgalin*

### Zusammenfassung:

Der russische Winter 2011-2012 war in politischer Hinsicht sehr bewegt. Man könnte meinen, es gäbe keinen Grund dafür, denn die schon vorabentschiedenen Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen hatten sich bestätigt, sowohl Einiges Russland, als auch Wladimir Putin bleiben an der Macht. Und doch- die vielen Tausend Menschen, die in Moskau zu Demonstrationen und Kundgebungen auf die Straße gingen, und zwar monatelang, lassen uns an der Eindeutigkeit der Situation zweifeln.

*Zum Autor: Aleksandr Buzgalin – Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Professor an der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität, Chefredakteur der Zeitschrift „Alternatiwy“ .*

Noch denkwürdiger ist die Tatsache, dass der politische Kampf auch nach Putins Sieg weitergeführt wurde und sich im Mai sogar zuspitzte, besonders die Demonstration vom 6. Mai, die in blutigen Zusammenstößen mit der Polizei gipfelte, war dafür ein Zeichen. Strategisch gesehen war jedoch wichtiger, dass zum ersten Mal in Russland eine längere Aktion stattfand, der die jungen Leute den Namen „Occupy Abay“ gaben – eine mehrtätige Präsenz, Dialog, Demonstration der eigenen Position auf den Moskauer Boulevards, vor allem auf den Chistye Prudy. Vor diesem Hintergrund war die Berufung des neuen Kabinetts für die Opposition weniger bedeutend, denn es geschah nichts, was wir nicht erwartet hätten.

Die russische „politische Klasse“ reagierte mit wesentlich mehr Interesse auf die Berufung der neuen Minister, denn die Details der neuen Konstellation beeinflussen sie und ihre politische Zukunft direkt und entscheiden über eine Stärkung (oder Schwächung) der wirtschaftlich-politischen Clans, die hinter den einzelnen Politikern stehen. Für mich als Analytiker, der die Positionen des demokratischen Sozialismus vertritt, sind die personellen Details dieser Neuordnung wenig interessant, doch die Komposition an sich und die erkennbaren Trends sollten nicht unkommentiert bleiben.

Außerdem scheint mir, dass, so seltsam es auch sein mag, die personelle Besetzung der Regierung und die zukünftige Strategie der Opposition zwei Phänomene sind, die mehr miteinander zu tun haben, als auf den ersten Blick erkennbar wird.

Doch zuerst **zur neuen Regierung**.

Auf den ersten Blick fällt auf, dass die meisten Minister entweder ihre Posten behalten haben oder durch ihre Stellvertreter ersetzt wurden, und zwar in der Regel durch fügsame Erfüllungsgehilfen. Geblieben sind der Außenminister, der Verteidigungsminister etc. Gegen ihre Stellvertreter ausgetauscht wurden die Minister für Bildung, Gesundheit und andere.

Somit spiegelt diese Regierung das Famusow-Prinzip aus Alexander Gribojedows „Verstand schafft Leiden“ wider.

Was sagt uns das? Genau das, was der Autor dieser Zeilen und seine Mitstreiter schon seit vielen Jahren schreiben.

Erstens. Putins „Kurs“ wird von den wirtschaftlich-politischen Kräften(stärksten Clans der höheren Bürokratie und Oligarchie) diktiert, die ihn seinerzeit inthronisiert haben. Solange diese Allianz an der Macht ist und keine ernst zunehmende Konkurrenz hat, sind radikale Veränderungen also undenkbar.

Zweitens. Da dieser Block sich in erster Linie auf uniformierte Strukturen und Rohstoffclans stützt, wird diese Allianz auch weiterhin die Strategie eines gemäßigten staatstragenden Paternalismus verfolgen. Auch in Zukunft werden die territoriale Integrität und die Festigung der Machtvertikale zu den Prioritäten der Putinschen Innenpolitik gehören, die Bevölkerung wird weiterhin mit den dafür erforderlichen Almosen abgespeist. In geopolitischer Hinsicht wird die Allianz in gemäßigter Opposition zur NATO stehen. Opposition, weil national staatliche Interessen die Grundlage der jetzigen Regierung und ihrer wirtschaftlichen Erfolge bilden, gemäßigt, weil Russland für eine ernsthafte Einmischung in die Weltpolitik nicht stark genug ist. Auch ist die Abhängigkeit der rohstoffbasierten Wirtschaft des Landes von äußeren Faktoren viel zu groß, um zu viel Selbständigkeit zu demonstrieren. Deshalb werden Putin und seine Mannschaft weiterhin eine staatstragend-patriotische Rhetorik mit einer pro-globalistischen Wirtschaftspolitik kombinieren. Die Rhetorik wird sich während Putins neuer Amtszeit verschärfen (die Ernennung von Wladimir Medinski, der für seine historisch-patriotischen Aussagen berühmt ist, zum Kulturminister spricht indirekt dafür), die wirtschaftliche Unterordnung unter das globale Kapital wird beibehalten (der WTO-Beitritt beweist das).

Drittens. Wie wir bereits schrieben, sind alle Behauptungen, Putin sei der einzige würdige Vertreter und Verteidiger der Interessen des russischen Volkes in seinem Widerstand gegen das Komprador-Kapital und die prowestlichen liberalen Intellektuellen nur ein Mythos, dem diejenigen Glauben schenken wollen, die ihre Bürger- und sozialen Rechte nicht selbst verteidigen können (oder wollen).

Der soziale Aspekt der Strategie des Präsidenten ist besonders wichtig. Im Wahlkampf wiederholte er ständig mehrere sozial orientierte Losungen der Opposition (Kommunistische Partei, Gerechtes Russland). Einige Experten zogen daraus den voreiligen Schluss, der künftige russische Präsident würde 2012 aus irgendeinem Grund seinen seit über 10 Jahren gefahrenen politischen Kurs, der zu einem Anstieg der Anzahl der Dollarmillionäre führte, die soziale Differenzierung verschärfte und zu einer weiteren Kommerzialisierung und Degradierung von Bildung und zahlreicher anderer sozialer Bereiche führte, radikal ändern.

Dass diese Hoffnungen jeglicher Grundlage entbehren, war von Anfang an klar. Deshalb war es für mich persönlich nicht verwunderlich, dass die erste Amtshandlung des neuen Bildungsministers darin bestand, zu verkünden, dass die Zugänglichkeit von Bildung weiter eingeschränkt werden soll. Leider haben sich die Befürchtungen der Pessimisten, dass die Kampagne „Fursenko.net“ dazuführen wird, dass dieser für die Bildungsgemeinschaft untragbare Minister durch eine Person ersetzt wird, die für die russische Bildung eine noch größere Gefahr darstellt, sich bewahrheitet...

In diesem Zusammenhang ist der Prozess der „Okkupation“ der Boulevards durch die linke Jugend noch interessanter. Im Gegensatz zu den „roten“ Professoren und den Führern der offiziellen Opposition ist den jungen Leuten absolut klar, dass das Märchen vom guten Zaren (Präsidenten) und den bösen Bojaren (Minister, Oligarchen etc.) nichts als ein gefährlicher Mythos ist. Gefährlich vor allem für Russland, um dessen Wohl sich die Experten und Oppositionsführer angeblich (und vielleicht sogar aufrichtig) sorgen. Gefährlich, weil es ohne

einen Druck der Zivilgesellschaft auf Putin und die hinter ihm stehende oligarchische Wirtschaftsmacht, der sie dazu zwingt, die sozialen Rechte und Bürgerrechte der Völker unseres Landes zu achten, in Russland keine Entwicklung geben wird.

Auf der Grundlage des bürokratisch-korrupten gemäßigten Autoritarismus und des oligarchisch-kriminellen Kapitalismus kann der Kurs eines extensiven Wachstums fortgesetzt und sogar teilweise eine Art Industrie wieder aufgebaut werden, die schon vor 50 Jahren zu sowjetischen Zeiten veraltet war. Ein sozialorientiertes innovatives Wachstum ist jedoch in einem Land solchen Ausmaßes nur möglich, wenn es sich auf schöpferische Initiative und das Potential einer breiten kreativen Klasse stützt. Wichtig ist auch, dass den jungen Linken, die auf den Boulevards ihre Dialoge führen, im Gegensatz zur liberalen Intelligenzija klar ist, dass diese Klasse nicht aus Büroangestellten bestehen kann, auch nicht aus Kleinunternehmern und Managern, sondern aus Lehrern und Ingenieuren, jungen Wissenschaftlern und Künstlern, Programmierern und engagierten Arbeitern.

Damit sie zur wichtigsten wirtschaftspolitischen Kraft in Russland werden kann, ist jedoch ein radikaler Strategiewechsel notwendig, was wiederum nur unter einer neuen wirtschaftlich-politischen Führung möglich ist, die daran interessiert ist, Bildung und Medizin prioritär zu finanzieren, anstatt den Staatsapparat weiter aufzublasen; forschungsintensive Produktion und Bildungseinrichtungen zu fördern, anstatt sich auf Export von Öl und Gas zu konzentrieren; eine progressive Einkommenssteuer einzuführen und Mindestlöhne und Renten um ein Mehrfaches zu erhöhen, anstatt um Platz 1 auf der Weltrangliste der Milliardäre pro Einwohner zu kämpfen...

In diesem Zusammenhang sollte der zivile Ungehorsam der jungen Aktivisten nicht als Stimmungsmache verstanden werden, sondern als Schutz der strategischen Interessen Russlands. Sie verdienen jegliche Unterstützung, da strategisch gesehen ihre Aktionen sehr viel wichtiger für eine Entwicklung Russlands sind, als unbedeutende Umstellungen des Kabinetts....

Welche **optimistischen Signale** sehe ich, die auf eine positive Entwicklung unseres Landes hinweisen könnten?

Bezüglich des seit langem diskutierten catching up development besteht die Möglichkeit, ja sogar Wahrscheinlichkeit, dass die neue Regierung Schritte zur Reindustrialisierung der Wirtschaft unternimmt. Wir werden nicht die radikale Innovationspolitik bekommen, die Russland meiner Meinung nach braucht, aber als Palliativmaßnahme ist dies durchaus geeignet. Ein catching up development setzt eine entsprechende Industriepolitik voraus, wie auch eine selektive Regulierung und Steuerung der Wirtschaft. Die heutige Regierung könnte solche Schritte durchaus unternehmen. Ein Zeichen dafür ist die Ernennung des eine Affinität zu staatlich regulierter Wirtschaftspolitik hegenden Wissenschaftlers und Praktikers Andrei Belousow zum Wirtschaftsminister.

Im Bereich Soziales sehe ich weniger Anlass zu Optimismus. Die Zusammensetzung der neuen Regierung und möglicherweise weiter sinkende Rohstoffpreise sind keine positiven Signale. Gleichzeitig haben wir auch hier Anlass zu verhaltenem Optimismus, denn wir beobachten eine Belebung der Forschungs-, Bildungs- und Kulturgemeinschaften dieses Landes. Immer mehr Bürger zweifeln am marktwirtschaftlichen Fundamentalismus im sozialen und geisteswissenschaftlichen Bereich und geben diese Zweifel immer deutlicher an den Kreml weiter. Eine weitere Verschärfung des Drucks ist möglich.

Die wichtigsten Forderungen im Bereich Soziales sind uns gut bekannt, sie wurden schon oft von Bewegungen wie „Bildung für alle“, der Gewerkschaft der Russischen Akademie der Wissenschaften und anderen formuliert. Hierzu gehört die Anhebung der Haushaltsausgaben für Forschung, Kultur und Bildung auf das Niveau der Staaten, die in den vergangenen 10 Jahren Sprünge in ihrer Entwicklung gemacht haben (die Haushaltsausgaben für Bildung müssen mindestens 10% betragen). Auch die parlamentarische Opposition, vertreten durch KPRF und das Gerechte Russland, kann Einfluss auf den Kreml ausüben, ebenso wie die in den letzten Monaten erstarkten unabhängigen Gewerkschaften.

Was die Politik betrifft, so sehe ich trotz aller alarmierenden Signale (gewaltsame Auflösung von „Volksfesten“, Verschärfung des Demonstrationsrechts) auch hier Tendenzen,

die Anlass zu Hoffnungen geben. Das wachsende zivilgesellschaftliche Engagement der jungen Generation gehört ebenso dazu wie eine immer breitere Diskussion sozialer und politischer Probleme im Internet. Außerdem verhält sich der Kreml bisher nicht anders, als es die Opposition seit den 1900er Jahren gewöhnt ist. So gesehen glaube ich, dass die in diesem Frühjahr begonnene Belebung der Zivilgesellschaft sich fortsetzen und verstärken kann.

Dann haben wir noch die intellektuelle Atmosphäre. Die zunehmende Polarisierung und Verschärfung der Diskussion ist ein typisches Vorzeichen tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen und prägt das geistige Leben immer mehr.

Auch die äußeren Bedingungen haben sich verändert. Die Wahlen in Frankreich und Griechenland haben die Vorstellung vieler Russen vom „zivilisierten Westen“ verändert. Immer mehr Bürger verstehen, dass auch für Europa starke soziale demokratische Intentionen immer bedeutender werden.

Wenn dies alles auch keinen Anlass zu hemmungslosem Optimismus bietet, sehe ich doch eine Reihe positiver Tendenzen, die nach Kräften unterstützt werden sollten.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich kurz die wichtigsten Elemente eines alternativen Programms der sozialwirtschaftlichen Entwicklung beschreiben, welches wir im Rahmen unserer **„Strategie einer vorauseilenden Entwicklung“** vorschlagen.

Das wichtigste Element ist ein System von Werten und Zielen, die sich radikal von den marktorientierten (Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft) oder pro-bürokratischen (zum Beispiel, „Verdoppelung des BIP“) Strategien unterscheiden.

Unser Programm formuliert folgende strategische Ziele:

- Menschliche Qualitäten werden prioritär gefördert, Steigerung des HDI auf das Niveau der skandinavischen Staaten
- Russland und seine integrierten Staaten und internationalen Netzwerke werden zu einem führenden Kulturraum der Menschheit gestaltet
- Sozialgerechte Grundlagen einer kreativen Motivation und Arbeitseffizienz werden gefördert (Dezilvon 5,5 – 6,5) etc.
- Übergang zu einer noosphärischen Entwicklungsform, Bewertung von Entwicklungen, u.a. durch das reine angepasste BIP.
- mehr Freizeit
- Entwicklung prinzipiell neuer Technologien und einer neuen Wirtschaftsstruktur.

Eines der wichtigsten Elemente des Programms sind die *Mittel zu seiner Umsetzung*.

Zu einer ersten Gruppe solcher Mittel kann ein System langfristiger öko-sozio-technologischer Programme werden, die selektive (Differenzierung von Steuern, Krediten, institutionellen Parametern) und indirekte (Entwicklungspläne für staatliche Unternehmen, gezielte gesellschaftlich-staatliche Investitionen, Einkäufe, Fördermittel etc.) Formen der Regulierung integrieren, um zukünftig mindestens 50% des BIP für die Umsetzung dieser langfristigen Programme einzusetzen und gleichzeitig marktwirtschaftliche Entwicklungskriterien (Steigerung der Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit) für den Rest der Wirtschaft beizubehalten. Ein wichtiges Element dieser Gruppe ist die Entwicklung langfristiger internationaler Programme für Forschung, Technologie, Kultur und Umweltschutz, die die Anstrengungen derjenigen Staaten, internationalen Netzwerke und Nichtregierungsorganisationen integrieren, die sich für eine Abkehr von den Spielregeln des „Washington-Konsens“ einsetzen.

Die zweite Gruppe betrifft eine Reform der Beziehungen und Eigentumsrechte, die zu folgendem Ergebnis führt: (1) Vergesellschaftung der Erlöse aus Rohstoffverkäufen; (2) schrittweise Überführung der Unternehmen der Kreatosphäre (Bildung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheit etc.) in gesellschaftlich-staatliches und privat-gesellschaftlich-staatliches Eigentum; (3) Programmierung der Tätigkeit der staatlichen und privatwirtschaftlich-staatlichen Unternehmen; (4) soziale Verantwortung der Privatwirtschaft; (5) Beteiligung der Mitarbeiter an Kontrolle und Management von Unternehmen aller Eigentumsformen; (6) Transparenz und Garantie der Eigentumsrechte; (7) prioritäre Förderung assoziierter Eigentumsformen und des „sozialen Kapitals“; (8) schrittweise Aufgabe privater Rechte an geistigem Eigentum.

Der dritte Block der Strategie betrifft ein System von sozialwirtschaftlichen Regelungen, die allen gleiche Startbedingungen garantieren, sowie eine Steuerreform. Letztere kann

u.a. eine radikale Absenkung der Steuer auf in gesellschaftlich-staatliche Programme investierte Gewinne (bis auf 0%) umfassen, außerdem niedrige Steuern auf reinvestierte Gewinne, hohe (mindestens 50-70%) Steuern auf Gewinne, die die Privatwirtschaft für den persönlichen Bedarf einsetzt, ebenso auf Dividenden, Zinsen und ähnliche Einkünfte; progressive Steuern (von 0 bis 50%) auf Gehälter und andere Formen von Arbeitseinkünften, um eine maximale Differenz von dem 6-7-fachen zwischen den 10% der höchsten und 10% der niedrigsten Gehälter zu erreichen.

Diese soziale und wirtschaftliche Entwicklung soll durch eine tiefgreifende institutionelle Transformation erreicht werden. Die Transaktionskosten werden um das 2-3-fache reduziert werden. Der Staat wird keine teuren Fehlentscheidungen mehr treffen, da seine Funktionen nach und nach an Institute der bürgerlichen Selbstverwaltung übergeben werden. Wir werden uns vom politischen „Markt“ und politischer Manipulation weg und hin zur „Graswurzeldemokratie“ bewegen.